

Hinweise für die Genehmigung der Errichtung und Erweiterung von Gebäuden in Überschwemmungsgebieten nach § 78 Abs. 5 Satz 1 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

In einem festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet ist die Errichtung oder Erweiterung unter anderem von Gebäuden nach §§ 30, 33, 34 und 35 Baugesetzbuch (BauGB) grundsätzlich untersagt (§ 78 Abs. 4 Satz 1, Abs. 8 WHG: repressives Bauverbot). Dies gilt unabhängig davon, ob das Gebäude im Genehmigungsverfahren (Art. 58 Bayerische Bauordnung – BayBO) errichtet oder erweitert werden kann, oder ob hierfür eine Baugenehmigung (Art. 59, 60 BayBO) erforderlich ist. Der Bauwerber benötigt in jedem Fall zunächst eine wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1, Abs. 8 WHG. Durch die wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 WHG wird eine Befreiung von dem bestehenden repressiven Bauverbot erteilt.

Für die Frage, ob ein Gebäude nach § 78 Abs. 5 Satz 1 WHG ausnahmsweise zugelassen werden kann bzw. ob die entsprechenden Voraussetzungen für eine Ausnahmegenehmigung erfüllt sind, ist stets eine Einzelfallprüfung erforderlich. Dabei müssen unter anderem die wasserrechtlichen Vorgaben des § 78 Abs. 5 Satz 1 WHG erfüllt sein, insbesondere die Voraussetzung einer hochwasserangepassten Ausführung des Vorhabens nach § 78 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1d WHG. Gegebenenfalls müssen die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können. Zudem darf sich keine Gefahr für Leib und Leben von Bewohnern ergeben. Die Auswirkungen des beabsichtigten Vorhabens auf die Nachbarschaft sind zu berücksichtigen.

Basis der wasserwirtschaftlichen Prüfung zur Genehmigung für die Errichtung oder Erweiterung von Gebäuden in Überschwemmungsgebieten sind die potentielle Wassertiefe und - sofern bekannt - die Fließgeschwindigkeit bei HQ₁₀₀, die im Rahmen der Ermittlung der Überschwemmungsgebiete von den wasserwirtschaftlichen Fachbehörden ermittelt werden und über die vorläufige Sicherung bzw. Festsetzung auch im "Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete" (IÜG) (www.iug.bayern.de) veröffentlicht und für Bauherren und Planer zugänglich sind.

a) notwendige Unterlagen und Ablauf im baurechtlichen und wasserrechtlichen Verfahren

Für die wasserrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 WHG sind unter Berücksichtigung der nachfolgenden Empfehlung eines Auskunftsbogens (vgl. zu e)) in der Regel keine weiteren separaten Unterlagen **für die Prüfung der „hochwasserangepassten Ausführung“ nach § 78 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 d WHG** des Gebäudes erforderlich. Sonstige Vorlagepflichten bleiben unberührt (z. B. WPBV). In den Bauvorlagen, insbesondere in den Gebäudeschnitten, sollte jedoch der Wasserspiegel bei HQ₁₀₀ bezogen auf das Grundstück eingetragen werden. Aus dem Lageplan oder einem separaten Plan sollte ersichtlich sein, wie der Retentionsausgleich erfolgen soll und auf welche Weise der Wasserstand und dessen Abfluss nicht nachteilig verändert werden. In Einzelfällen sind hierfür Nachweise wie hydraulische Berechnungen erforderlich.

Im Sinn eines geordneten **Ablaufs** wäre es für den Bauwerber wünschenswert, dass der Antrag auf wasserrechtliche Genehmigung zusammen mit dem Bauantrag über die Gemeinde bei der unteren Bauaufsichtsbehörde eingereicht wird. Nach Prüfung der Lage des Vorhabens durch die untere Bauaufsichtsbehörde (und damit Feststellung der Lage im vorläufig gesicherten oder festgesetzten Überschwemmungsgebiet), leitet diese die Unterlagen dann an die untere Wasserrechtsbehörde weiter.

b) Erforderliche Nachweise für eine Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1a bis c WHG

Im wasserrechtlichen Verfahren müssen bei der Errichtung oder Erweiterung eines Gebäudes die Bedingungen für eine Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 WHG geprüft werden. Für die Bedingungen nach § 78 Abs. 5 S. 1 Nr. 1 a bis c (keine oder nur unwesentliche Beeinträchtigung der Hochwasserrückhaltung und Ausgleich des Rückhalteriums, keine nachteilige Veränderung des Wasserstands und des Abflusses, keine Beeinträchtigung eines bestehenden Hochwasserschutzes) wird in vielen Fällen (wie z. B. Lage des Vorhabens außerhalb des Abflussbereiches, geringe Wassertiefen, kleine Abmessungen des Gebäudes) eine Prüfung des Rückhalteriums ausgleichs allein auf Basis der üblichen und evtl. nach a) ergänzten Bauvorlagen ausreichend sein. In anderen Fällen sind ggf. hydraulische Vergleichsrechnungen vorzulegen, die den Nachweis der Einhaltung o.g. Bedingungen liefern. Aufgrund der sehr unterschiedlichen denkbaren Einzelfälle können keine verbindlichen Vorgaben über Unterlagen und Prüfumfang gegeben werden. Dies ist jeweils einzelfallbezogen zu entscheiden.

c) Erforderliche Nachweise für eine Ausnahmegenehmigung nach § 78 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1d WHG „hochwasserangepasste Ausführung“

Verhinderung von Schäden

Ziel einer hochwasserangepassten Bauausführung sollte sein, die bei Hochwasserereignissen auftretenden Schäden am Gebäude zu verhindern. Dies steht in Einklang u. a. mit der Hochwasservorsorge der EG-Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie (EG-HWRM-RL). Zusammengefasst bedeutet dies:

- Vermeiden, dass Hochwasser in Räume eindringt und große Schäden verursacht. Das heißt, dass Schutzmaßnahmen gegen das Eindringen von Wasser getroffen werden.

Wenn ein Vermeiden nicht möglich ist, kann auch

- eine planmäßige Flutung von „nicht wasserempfindlichen“ Räumen in Frage kommen.

Voraussetzung ist:

- Wohn- bzw. Schlafräume müssen sich, insbesondere im Hinblick auf die Schutzgüter Leib und Leben, zwingend über der HQ₁₀₀-Wasserspiegellinie befinden.
- Die Gebäudetechnik muss an die sich aus dem Bemessungshochwasser ergebende Überflutungshöhe (z. B. elektrische Sicherung) angepasst sein.
- Einer Gefährdung durch wassergefährdende Stoffe muss ausgeschlossen sein. Für Heizölverbraucheranlagen ist § 78 c WHG zu beachten.

Erfordernis der Prüfung des Standsicherheitsnachweises

Im Rahmen des erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens ist die nach § 78 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 d WHG geforderte „hochwasserangepasste Ausführung“ durch den Bauherrn nachzuweisen. Dazu ist eine Bestätigung vorzulegen, dass das Gebäude bei erhöhten Anforderungen (z. B. Schutz vor Hochwasser an Gebäudeöffnungen durch mobile Schutzelemente), die sich bei einem HQ₁₀₀ ergeben, weiterhin standsicher ist. Im Einzelfall ist die ausreichende Sicherheit vor Grundbruch, eine ausreichende Gleitsicherheit und die Standsicherheit gegenüber dynamischem Wasserdruck nachzuweisen.

Die Genehmigungsbehörde kann darüber hinaus eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises im Einzelfall anordnen.

Dies ergibt sich unmittelbar aus dem wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren und begründet sich nicht aus den Vorgaben der BayBO. Die BayBO regelt im baurechtlichen Genehmigungs-

verfahren die Prüfung des Standsicherheitsnachweises abschließend (Art. 62 Abs. 4 Satz 1 BayBO).

Nach § 78 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 d WHG kann hingegen auch für nach Art. 62 Abs. 3 Satz 1 und 2 BayBO nicht prüfpflichtige Bauvorhaben (z. B. Wohngebäude Gebäudeklassen 1 und 2) eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises gefordert werden:

Ob eine Prüfung des Standsicherheitsnachweises tatsächlich angebracht ist, hat die zuständige Genehmigungsbehörde grundsätzlich im Einzelfall unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten zu entscheiden.

Der Bauwerber ist in einem Beratungsgespräch im wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren möglichst frühzeitig hierauf hinzuweisen.

Definition des Belastungszustandes bei einem HQ₁₀₀

Für die Erstellung des Standsicherheitsnachweises ist von statischem und dynamischem Wasserdruck durch oberirdische Überflutung auszugehen.

Zur Vereinfachung der Nachweiserstellung kann bei Wohngebäuden der GK 1 u. 2, die im Hochwasserfall geflutet werden, der Belastungsfall aus dynamischem Wasserdruck unberücksichtigt bleiben.

d) Hinweise zum „hochwasserangepassten Bauen“

Hinweise zur „hochwasserangepassten Bauausführung“ sind in der „Hochwasserschutzfibel“ (Stand Dezember 2018, herausgegeben vom Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (BMI), Link:

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/bauen/wohnen/hochwasserschutzfibel.pdf?__blob=publicationFile&v=3) gegeben. Auf Grund der sehr unterschiedlichen Anforderungen an Gebäude, Bauweisen, Konstruktionen, Baumaterialien etc., aber auch auf Grund unterschiedlicher Rahmenbedingungen des Hochwassers (wie z. B. Dauer von Hochwasserereignissen, mögliche Vorwarnzeiten, Fließgeschwindigkeit) wird es keine Standardlösung geben, sondern immer unabhängig von der Bauweise und den Baumaterialien des Gebäudes auf die individuelle Situation angepasste Konzepte.

e) Auskunftsbogen

Ein Auskunftsbogen (siehe Anlage) stellt wichtige Fragen zur Planung von baulichen Anlagen in Ü-Gebieten und zeigt Spielräume für angepasste Lösungen auf. Durch die Unterschrift von Planer und Bauherren wird deren Verantwortung unterstrichen.

Dieser Auskunftsbogen dient als Grundlage für die behördliche Prüfung im Rahmen des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens.

f) Erforderliche Nachweise für eine Auswirkung des Vorhabens auf die Nachbarschaft nach § 78 Abs. 5 Satz 2 WHG

Der Bauwerber hat für das Vorhaben eine 2-dimensionale Abflussberechnung erstellen zu lassen, da nur anhand dieser Abflussberechnung Auswirkungen auf die Nachbarschaft ermittelt werden können. Diese 2-dimensionale Abflussberechnung ist mit Grundlage für die wasserwirtschaftliche Beurteilung im Rahmen des wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens. Bei sehr geringfügigen Vorhaben kann ggf. nach Maßgabe der Wasserwirtschaftsamtes auf eine 2-dimensionale Abflussberechnung verzichtet werden.